

PARITÄT in Bewegung

DEUTSCHER PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT e.V. | www.paritaet-lsa.de

Themen, die uns beweg(t)en ...

Kindertagesbetreuung verbessern

Vielfalt ohne Alternative

Selbsthilfe fördern

Fachkräfte binden

Tarifbindung stärken

Pflege neu ausrichten

Modernes Teilhaberecht (BTHG)

Finanzierung zukunftssicher machen



Trends



Januar – März 2016

Armut war gestern?

Paritätischer Diskurs mit den Kandidat*innen im Vorfeld der Landtagswahl

Gemeinsam mit dem Familienhaus Magdeburg hatte der Paritätische am 17. Februar 2016 landesweit tätige Mitgliedsorganisationen und Kandidat*innen, die sich zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt stellen, zu einem Diskurs eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, ob „Armut“ überhaupt noch im öffentlichen Bewusstsein präsent ist bzw. im Focus politischen Handelns steht. Die Erfahrung aus der unmittelbaren sozialen Arbeit in den Regionen und Sozialräumen zeigt auf, dass es nach wie vor hohe Armutsgefährdung bei bestimmten Zielgruppen z.B. Alleinerziehende gibt und insbesondere die Bevölkerung in strukturschwachen Regionen von Armut betroffen ist. In seinem Impulsvortrag „Kampf um die Armut“ ging der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes Dr. Ulrich Schneider auf die Gesamtsituation in Deutschland ein und klagte die Ignoranz der Politik zu diesem Thema an. Seitens des Sozialministeriums wurden die Ergebnisse des Armuts-

und Reichtumsberichtes des Landes vorgestellt. Hier wurden die besonders von Armut betroffenen Regionen wie z.B. die Landkreise Mansfeld-Südharz und Wittenberg benannt. „Denkanstöße“ gab es aus den unterschiedlichen Handlungsfeldern sozialer Arbeit und aus der Perspektive der Betroffenen. In der abschließenden Podiumsrunde befragte die Landesgeschäftsführerin, Dr. Gabriele Girke, die Kandidat*innen zur Landtagswahl, der SPD, LINKE, Grünen und FDP. Alle waren sich einig, dass Armut nach wie vor ein wichtiges Thema ist, weil es Teilhabechancen und damit Lebensperspektiven einschränkt.



Foto: DER PARITÄTISCHE – Archiv

„Pflege in der Eingliederungshilfe“ – Fortsetzung der Werkstatt-Tage

Anknüpfend an einen vielbeachteten Fachtag 2015 und zwei darauffolgende Werkstatt-Tage stand in dieser Veranstaltung das Thema „Medikamentengabe“ im Mittelpunkt. Neben fachlichem Wissen zu aktuellen gesetzlichen Anforderungen hatten die Teilnehmer*innen aus den Einrichtungen der Eingliederungshilfe eine breite Möglichkeit, ihr Handeln zu Medikamentengabe und entsprechende Verfahrensregelungen zu reflektieren und sich auszutauschen. Das Format der „Werkstatt-Tage“ als unmittelbares Austauschforum von Fachleuten der Praxis hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

und Reichtumsberichtes des Landes vorgestellt. Hier wurden die besonders von Armut betroffenen Regionen wie z.B. die Landkreise Mansfeld-Südharz und Wittenberg benannt. „Denkanstöße“ gab es aus den unterschiedlichen Handlungsfeldern sozialer Arbeit und aus der Perspektive der Betroffenen. In der abschließenden Podiumsrunde befragte die Landesgeschäftsführerin, Dr. Gabriele Girke, die Kandidat*innen zur Landtagswahl, der SPD, LINKE, Grünen und FDP. Alle waren sich einig, dass Armut nach wie vor ein wichtiges Thema ist, weil es Teilhabechancen und damit Lebensperspektiven einschränkt.

Dauerthema Kinderförderungsgesetz hält Träger in Atem

Seit dem Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) in Sachsen-Anhalt im August 2013 ringen die Träger mit den Auswirkungen des Gesetzes. Das ursprüngliche Bestreben, mit der Gesetzesnovelle für landesweit transparente Finanzierungsformen zu sorgen, bleibt „Zukunftsmusik“. Das liegt vor allem daran, dass viele Kommunen das Gesetz nicht umsetzen und die Träger von Kindertagesstätten von einigen Gebietskörperschaften lediglich Übergangsvereinbarungen erhalten. Auf dieser Grundlage können keine Entgelte ausgehandelt werden. Da das Urteil zur Klage der Kommunen beim Landesverfassungsgericht gegen das Gesetz nicht wirklich zur Auflösung der Spannungen zwischen Land und Kommunen beigetragen hat, bleibt die Finanzierung der große Streitpunkt auf dem Rücken der Träger. Diese haben transparente, differenzierte Entgelte vorgelegt – viele Kommunen verweigern dies. Es gibt aber auch „Lichtblicke“: einige Landkreise gehen die Herausforderung, Vereinbarungen mit den Trägern zu schließen konsequent an und führen auch (endlich wieder) Fachdebatten zu Leistung und Qualität. Der Paritätische unterstützt seine Träger durch ein engmaschiges Informationssystem und begleitet sie vor Ort. Auf Landesebene ringen wir in der LIGA gemeinsam um mehr Klarheit und Vereinfachung des Gesetzes.

April – Juni 2016

Die größte Reform in der Pflege – das Pflegestärkungsgesetz

Zum Jahresbeginn 2016 ist mit dem Pflegestärkungsgesetz II die umfassendste Reform im Bereich Pflege seit Einführung der Pflegeversicherung in Kraft getreten. Im Mittelpunkt steht die Etablierung des neuen „Pflegebedürftigkeitsbegriffes“, in deren Folge die bisherigen Pflegestufen durch fünf Pflegegrade abgelöst werden. Die Umstellung des Systems bedeutet für alle Beteiligten eine große Umstellung- für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen, für die Träger von Einrichtungen und für Pflegekassen. Ein neues Begutachtungssystem, das den Grad der Selbständigkeit bestimmt, soll ausschlaggebend für die Einstufung der individuellen Pflegebedürftigkeit sein. Das erhoffte Ende der „Minutenpflege“ wird mit dem Gesetz jedoch nicht erreicht, da auch zukünftig die Zeitkorridore für die Pflegeleistungen eng sein werden. Die beteiligten Vertragspartner, bestehend aus Trägern, Sozialhilfeträgern und Pflegekassen sollten bis 30. September 2016 neue Pflegesätze für stationäre Einrichtungen vereinbaren. Der Paritätische hat große Anstrengungen unternommen, um die Träger auf die anstehenden Herausforderungen vorzubereiten und zu begleiten. So müssen Personalstruktur und Personalschlüssel angepasst und wirtschaftliche Risiken für die Träger analysiert werden, die sich durch Überleitungsregelungen, zu erwartende Veränderungen in der Belegungsstruktur der Einrichtungen und den vereinheitlichten Eigenanteil abzeichnen. Weiterhin soll die Situation pflegender

Angehöriger mit dem Gesetz besser abgesichert werden – so zahlt künftig die Pflegeversicherung Rentenbeiträge für alle Pflegenden, die einen Pflegebedürftigen über einen bestimmten Zeitraum zu Hause pflegen. Das betrifft auch Pflegenden, die ausschließlich demenzkranke Menschen betreuen. Damit wurde auch einer Forderung des Paritätischen Rechnung getragen.

Auftakt zum Gesprächsmarathon:

LIGA bekräftigt ihre Positionen nach der Landtagswahl

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege hat ihre Erwartungen an die Landespolitik für die neue Legislaturperiode in einem sog. „Startpunkte-Papier“ zusammengefasst. Darin enthalten sind Forderungen wie Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, klare Regelungen zur Umsetzung des KiFöG, die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und eine nachhaltige Strategie zur Integration von Migranten und Geflüchteten. Die Landesgeschäftsführerin, Dr. Gabriele Girke, hat in ihrer Funktion als Vorsitzende der LIGA gemeinsam mit den anderen Vorstandsmitgliedern einen wahren Gesprächsmarathon absolviert. Zahlreiche Gespräche wurden mit den Fraktionen des Landtages und den verschiedenen Fachministerien geführt. Dahinter steht die Strategie der LIGA, zukünftig konsequenter und regelmäßiger mit dem Land und den

politisch Verantwortlichen im Gespräch zu bleiben und damit ein „Sozialmonitoring“ zu initiieren. Besonderer Höhepunkt war das Gespräch mit Ministerpräsident Haseloff zur aktuellen Lebenssituation der Menschen und zur verfestigten Armutssituation in Sachsen-Anhalt. Auch die Aushöhlung des Subsidiaritätsprinzips durch kommunale Verwaltungen wurde thematisiert. In den Gesprächen lag der Focus der LIGA auch auf der Sicherstellung tariflicher Vergütungen für Mitarbeiter*innen in den sozialen Arbeitsfeldern durch Anerkennung von Seiten der unterschiedlichen Kostenträger.

Neues Präventions- gesetz stärkt die Gesundheitsförderung

Mit dem neuen Gesetz sind die gesetzlichen Krankenkassen verpflichtet, die Ausgaben der Gesundheitsförderung und Prävention maßgeblich zu erhöhen. Dies gilt auch für die Gesundheitsförderung in den verschiedenen Lebensbereichen bzw. sozialen Feldern wie Kitas, Schulen, Betrieben, Stadtteilen und Einrichtungen der Jugend-, Eingliederungs- und Altenhilfe. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wird an der Entwicklung und Implementierung von Programmen zur Gesundheitsförderung beteiligt sein. Das Referat Gesundheit und Selbsthilfe informierte umfassend zum Gesetz und unterstützt Mitgliedsorganisationen bei der Entwicklung gesundheitsfördernder Konzepte in ihren Einrichtungen.

Juli – September 2016

PS – Paritätische Stärke kennzeichnet die Mitgliederversammlung 2016

Der Paritätische ist ein „lebendiger Organismus und Wächter zur Wahrung von Werten in der sozialen Arbeit“ – so beschreibt der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock den Verband in seinem Grußwort. Respekt, Chancengleichheit, Teilhabe und Vielfalt sind die besonderen Stärken, die es gilt in der täglichen Arbeit herauszustellen. Die Auseinandersetzung mit den Werten des Verbandes diene auch immer der Selbstvergewisserung des eigenen Handelns und sei Grundlage für die Beziehungsarbeit, die das Wesen sozialer Arbeit ausmache. Die Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit, Soziales und Integration, Susi Möbbeck, betonte das Engagement der Paritätischen Mitgliedsorganisationen zur Integration Geflüchteter und Migranten und dankte für die verlässliche Zusammenarbeit bei

der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Weiterhin hob sie hervor, dass der Sozialbereich ein bedeutender „Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor“ in Sachsen-Anhalt sei. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. Im Amt des Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt bestätigt, als Stellvertreter fungieren Dr. Michael Reiser und Ralf Böse. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind Eva Buder, Undra Dressler, Siegrid Daheim, Heidi Köhler, Jette Förster und Martin Schreiber. Der wiedergewählte Vorsitzende appellierte an die Mitglieder, den Vorstand solidarisch und praktisch bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen – ganz im Sinne eines Schwarms, der im Verband für das „Schwärmen für Vielfalt“ steht.

Neues Integrationsgesetz verdient den Namen nicht

Seit dem 1. Juli 2016 ist das neue „Integrationsgesetz“ in Kraft. Bereits nach Vorlage der ersten Entwürfe hat der Paritätische deutlich gemacht, dass das Gesetz keinen Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen leisten wird. Im Gegenteil: das Gesetz beinhaltet eine Reihe von deutlichen Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht bzw. zur Durchsetzung von Sanktionen. Besonders die neue Wohnsitzauflage ist aus Sicht des Paritätischen nicht geeignet, eine nachhaltige Integration sicherzustellen. Diese Auflage berücksichtigt weder bereits entstandene

soziale Bindungen von Geflüchteten noch erste Zugänge zum Arbeitsmarkt. So kommt es zu empfindlichen Einschnitten bereits zu Beginn der Integrationswege. Diese Einschätzung bestätigen auch die Paritätischen Migrationsberatungsstellen. Zwangszuweisungen stellen einen deutlichen Eingriff in das Freizügigkeitsrecht der Genfer Flüchtlingskonvention dar. Der Paritätische hat daher den Aufruf des Flüchtlingsrates Sachsen-Anhalt unterstützt, in dem das Land aufgefordert wird, von weitergehenden Einschränkungen abzusehen.



Foto: Michael Krüger

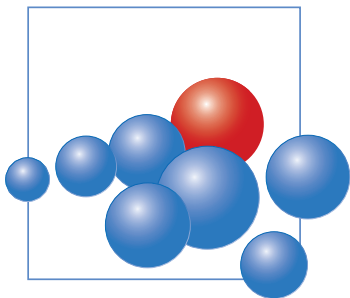
Bad Köseger Gespräche – Eine gute Tradition

Unter direkter Einbindung von Menschen mit Beeinträchtigungen finden traditionell seit Jahren regelmäßig Gespräche zwischen der LIGA Sachsen-Anhalt und dem Sozialministerium statt. So haben Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, ihre Wünsche und Ansprüche zu einem inklusiven Leben unmittelbar an Verantwortliche in Verwaltungen heranzutragen. Diesmal wurde unter dem Titel „Gemeint bin ich“ über die Gesamtplanung der Eingliederungshilfe gesprochen. Fazit der Beteiligten: ... so können aus Lebenswünschen gute Lebens-Ziele werden“.

Oktober – Dezember 2016

Innovationen sind gefragt:

Projekt „DOS“ unterstützt Mitglieder bei der Organisationsentwicklung



Die Träger sozialer Arbeit sind mehr denn je gefordert, auf die komplexen Veränderungen in der Gesellschaft bzw. im unmittelbaren regionalen Handlungsraum zu reagieren und Angebote weiterzuentwickeln. Im Rahmen des neu gestarteten Projektes „DOS“ unterstützt und begleitet der Verband Mitglieder, die anstehenden Veränderungen zu analysieren, Anpassungen in der Angebotsstruktur langfristig zu planen und zu realisieren.

Dazu gehört auch, vorausschauend den regionalen Sozial- und Handlungsraum mitzugestalten und sich in Prozesse der kommunalen Sozialplanung strategisch einzubringen. Das Projekt wird aus Mitteln des „ESF-Fonds rückenwind+“ finanziert. Im Rahmen des Projektes stehen verschiedene Bausteine zur Verfügung z.B. Beratung und Coaching zu Organisations- und Personalentwicklung, Fortbildungen für Führungskräfte und Strategieentwicklung für eine gelingende Kommunikation mit Kommunen in Planungsprozessen. Das Managementforum bietet eine besondere Form der Vernetzung von Führungskräften. Hier geben externe Expert*innen (auch aus anderen Branchen) Auskunft zu Managementfragen und sprechen über Gelingensfaktoren und Stolpersteine.

Zwischenstopp – Integrierte psychosoziale Beratung vor Ort

Da das neue Familienberatungsstellen-gesetz (FamBeFöG) seit fast 2 Jahren in Kraft ist, war es an der Zeit, den Umsetzungsstand und die Erfahrungen vor Ort auszutauschen. Im Rahmen von Workshops in Halle und Magdeburg hatten Beratungsfachkräfte und Trägervertreter die Möglichkeit, ihre Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit in sog. Multiprofessionellen Teams zusammenzutragen. Dabei wurden auch Wirkungen und mögliche Nebenwirkungen auf die unmittelbare Beratung

von Menschen in schwierigen Lebenslagen und die trägerübergreifende Zusammenarbeit benannt. Themen waren auch die Kommunikation mit den Kommunen und anderen Fachdiensten.

Erkenntnis: Integrierte Beratung wirkt auf Ratsuchende und Fachkräfte. Trotzdem ist es erforderlich, das Gesetz zu evaluieren, um die geforderte Finanzierungsverantwortung der Kommunen und Auswirkungen auf die Beratungslandschaft zu prüfen.

Ringens um die Novelle des SGB VIII

Seit vielen Jahren setzt sich der Paritätische für eine Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) ein. Besonderer Nachbesserungsbedarf wird in der notwendigen Verankerung des Grundsatzes der Inklusion im Gesetz und der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gesehen. Aber auch die Stärkung der frühkindlichen Bildung als Elementarbereich der Kinder- und Jugendhilfe und der Pflegekinder und ihrer Familien ist erforderlich. Leider war aufgrund der Intransparenz des Verfahrens auf Bundesebene und der engen Zeitkorridore für Stellungnahmen die Diskussion mit den Mitgliedsorganisationen zum Gesetzentwurf erschwert. Der Landesverband ermöglichte es den Paritätischen Trägern sich kurzfristig im Rahmen einer Diskussionsrunde in Magdeburg zum Stand zu informieren, Kritikpunkte und mögliche Auswirkungen auf die Versorgung junger Menschen aufzuzeigen. Der Widerspruch aus der Fachwelt blieb groß, hinzu kommen Bedenken der Bundesländer, so dass der Weg zu einem neuen SGB VIII noch lang ist – der Paritätische bleibt dran.



Januar – März 2017

Erfolgreich verhandelt – wesentliche Verbesserung der Vergütung von Pflegekräften erreicht

Die Umsetzung der Pflegestärkungsgesetze hat den Paritätischen und seine Mitglieder vor große Herausforderungen gestellt. Für die Pflegesatzverhandlungen im voll- und teilstationären Bereich wurde gemeinsam mit den Kostenträgern ein neues Kalkulationsschema entwickelt. Zudem wurde für die Überleitung in das neue System der Pflegegrade eine angemessene pauschale Steigerung der Pflegesätze sowie für den vollstationären Bereich ein Personalsicherungszuschlag vereinbart. So konnten die mit der Überleitung verbundenen Risiken pauschal abgedeckt werden. Im Ergebnis gelang ein praktikabler und wirtschaftlicher Übergang in das neue System. Neben der pauschalen Überleitung wurden zahlreiche Individualverhandlungen unserer Mitgliedsorganisationen durch den Verband begleitet. Dabei wurden vielfach Personalkosten auf Basis der tariflichen Regelungen der Paritätischen Tarifgemeinschaft (PTG)

in die Verhandlung eingebracht und anerkannt. Somit konnten wesentliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pflegeeinrichtungen erreicht werden. Mit diesem Erfolg konnte auch die Paritätische Tarifgemeinschaft als Marke weiter etabliert werden. Auf Basis vergleichbarer Gestehungskosten konnte für die Mitglieder der Paritätischen Tarifgemeinschaft (Tarifanwender) zudem eine Gruppenverhandlung im Bereich § 43b SGB XI erfolgreich begleitet und abgeschlossen werden. Letztlich wurde für die Vergütung der Kurzzeitpflege in vollstationären Pflegeeinrichtungen mit den Kostenträgern ein pauschaler Vergütungsansatz in Höhe des Mittelwertes der Pflegesätze für den Pflegegrad 3 bzw. 4 verhandelt. Dieser wird den hohen bürokratischen und personellen Anforderungen im Zusammenhang mit der Kurzzeitpflege gerecht.

Mutmacher für junge Selbsthilfe

Selbsthilfe stärkt, fängt auf, holt Menschen aus der Isolation und steigert das Selbstwertgefühl der Betroffenen. Bisher sind junge Menschen in Selbsthilfegruppen kaum vertreten, obwohl auch sie in Situationen kommen können, in denen ihr bisheriges Leben durch Krankheit oder Schicksalsschlag

auf den Kopf gestellt wird. Im März 2017 ging die Website für neue Zielgruppen der Selbsthilfe unter dem Namen „wirmuessenreden.de“ online. Die Homepage soll sich von anderen Web-Auftritten unterscheiden und eine zielgruppengerechte Ansprache für junge Menschen bieten. Neben

interessanten Informationen zur Selbsthilfe stellen die „Mutmacher-Stories“ das Herzstück der Seite dar. Hierfür wurden junge Menschen gefunden, die bereit waren, ihre Geschichte zu erzählen und Beweggründe offenzulegen, die sie in eine Selbsthilfegruppe brachten.



Wir müssen reden.

Umfassend informiert zum Bundesteilhabegesetz (BTHG)

Mit dem Bundesteilhabegesetz möchte der Gesetzgeber die Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen verbessern. Gleichzeitig verspricht das Gesetz eine Abkehr vom bisherigen „Fürsorge-System“ hin zum modernen „Teilhaberecht“. Darauf müssen sich Träger und Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen gut vorbereiten. Auf Empfehlung der Steuerungsgruppe „Hilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen“ wurden entsprechende Informationsveranstaltungen für Mitarbeiter*innen in Einrichtungen gemeinsam mit den Regionalstellen vor Ort durchgeführt, die sich großer Nachfrage erfreuten.

April – Juni 2017

Pauschalen endlich angepasst

Schwangerenberatungsstellen erhalten bessere Finanzierung

Der Paritätische gehört mit seinen Mitgliedsorganisationen zu den größten Trägern psychosozialer Beratungsstellen in Sachsen-Anhalt. Dazu gehören auch Schwangerenberatungsstellen, die ein unverzichtbarer Bestandteil des psychosozialen Versorgungssystems sind. Hier werden Frauen und Mädchen sowie ihre Angehörigen umfassend zu Fragen rund um Schwangerschaft und Verhütung, Geburt und ein Leben mit Neugeborenen und Kleinkindern beraten. Auch sexualpädagogische Präventionsangebote in Schulen und Jugendeinrichtungen gehören zum Angebot. Seit Jahren wurden die Pauschalen für die durch das Land geförderten Beratungsstellen nicht den steigenden Per-

sonal- und Sachkosten angepasst. Die Eigenanteile der Träger stiegen immer weiter, obwohl es sich um eine bundesgesetzliche Pflichtaufgabe handelt. Nach über 10 Jahren konnte auf Druck des Paritätischen gemeinsam mit der LIGA die längst überfällige Erhöhung der Pauschalen durchgesetzt werden. Dem vorausgegangen waren umfassende Darstellungen zu den Kostensteigerungen, Berechnungsmodelle und Vergleiche zur Finanzierungssituation in den anderen Bundesländern. Zwar liegt die Erhöhung der Pauschale noch immer unter den Forderungen der Träger, dennoch ein erster Schritt zu einer angemessenen und auskömmlichen Finanzierung ist getan.

Wahrnehmen – Deuten – Handeln

Rechtsextremismus in der sozialen Arbeit keinen Raum bieten

Menschen mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Haltungen leben mitten in unserer Gesellschaft und nehmen am normalen gesellschaftlichen Leben teil. Auch in sozialen Einrichtungen und Diensten werden wir zunehmend mit rechtsextremen Denk- und Verhaltensweisen konfrontiert. Angriffe z.B. gegen Obdachlose, auf Menschen mit Beeinträchtigungen oder mit Migrationshintergrund reichen von verbalen Abwertungen und Beleidigungen bis hin zu körperlichen Übergriffen. Nicht immer sind solche Verhaltensweisen von Klienten, aber auch Mitarbeiter*innen, offensichtlich – sie können auch Be-

standteil des Alltagshandelns und durchaus subtil sein. Die vorliegende Handreichung soll alltagsbezogenes



Basiswissen zu Rechtsextremismus und Rassismus für Vereinsmitglieder oder Mitarbeiter*innen in Einrichtungen vermitteln und Verhaltensmuster aufzeigen. Auch Hilfestellungen, um Erkennungsmerkmale, Codes, Symbole und bestimmte Bekleidungsmarken diesem Spektrum zuzuordnen und darauf zu reagieren, werden gegeben.

Kleine Schritte statt Meilensteinen

Novellierung des Kinderförderungsgesetzes kommt nur langsam voran

Der Anspruch des Gesetzgebers war sportlich: bis Ende des Jahres 2016 das Gesetz zu evaluieren und bis zum dritten Quartal 2017 auf dieser Grundlage einen Vorschlag zur Novellierung vorzulegen. Dieser sollte auch die Finanzierungsströme und Kosten neu regeln. Über diesem Anspruch schwebte das zu erwartende Urteil zur Verfassungsbeschwerde der Kommunen zur Zuständigkeit. Die Forderungen des Paritätischen bleiben bestehen: ein Ganztagsanspruch von 10 Stunden, das Fortbestehen des Qualitätsmanagements, angemessene Vor- und Nachbereitungszeiten, Freistellung für die anspruchsvolle Leitungstätigkeit und eine Deckelung der Elternbeiträge. Jedem Kind muss eine qualitative Kinderbetreuung zur Verfügung stehen – gleichzeitig muss es eine deutliche Entlastung der Erzieher*innen geben.

Juli – September 2017

Angekommen und miteinander leben

Verbandstag rückt das soziale Engagement für Geflüchtete und Zugewanderte in den Focus

Am 12. September 2017 trafen sich in der historischen Lukasklause Expert*innen und Fachleute verschiedenster Bereiche der Sozialen Arbeit, um über die vielfältigen Möglichkeiten und gemeinsamen Gestaltung der Integration geflüchteter Menschen zu diskutieren. Es war eine Veranstaltung zum aktiven Mitdiskutieren, nachfragen, Ideen austauschen und Kontakte knüpfen, an der 70 Mitarbeiter*innen aus der Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, psychosozialen Beratungsdiensten und Arbeitsmarktprojekten teilgenommen haben. Die Teilnehmer*innen konnten eine „Wanderung“ durch die bunte Landschaft von Projekten und Einrichtungen unternehmen und in „World-Cafe’s“ mit Expert*innen zu den Themen Asyl- und Migrationsberatung, Kita und Schule, Ausbildung und Beruf, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Psychosoziale Versorgung/Krisendienstleistungen und ehrenamtliches Engagement aus verschiedenen Perspektiven sprechen. Zu Beginn hatte die Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration und Integrationsbeauftragte, Susi Möbbeck, einen Überblick zur aktuellen Entwicklung in der Flüchtlings- und Migrationspolitik in Sachsen-Anhalt gegeben und die Anstrengungen des Landes zur Integration in Sachsen-Anhalt aufgezeigt.

Sie forderte die Akteure im Bereich der Sozialen Arbeit auf, hier noch aktiver zu werden und angesichts der vielfach verzerrten öffentlichen Diskussion dafür zu werben „die Anderen als Menschen zu sehen“.



Die Landesgeschäftsführerin, Dr. Gabriele Girke, warb in ihrem Statement für eine „Offensive für ein solidarisches Zusammenleben“ angesichts zunehmender rechtsextremer und rechtsradikaler Tendenzen in unserer Gesellschaft.

Am Nachmittag empfingen die Teilnehmer*innen direkt am Ufer der Elbe das sozial-kulturelle Schiffsprojekt „Mit Sicherheit gut ankommen“ – ein Projekt der überregionalen Mitgliedsorganisation „Outlaw“. Hierbei handelt es sich um ein ehemaliges Flüchtlings-schiff aus Afrika mit 70 Bronzefiguren eines dänischen Künstlers, das eindringlich Geflüchtete aus aller Welt darstellt. Flucht und Migration werden auf diesem Wege unmittelbar erlebbar. Rund um die Ankunft gab es ein buntes multikulturelles Programm.

Wie steht's? Kinder- und Jugendrechte Wie geht's?

Kinder- und Jugendrechte sind präsent, aber nicht allgegenwärtig. Nach wie vor gilt es, sich für die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Alltag und in den verschiedenen Lebensbereichen einzusetzen und dafür Bewusstsein in der Öffentlichkeit zu schaffen. Dazu beigetragen hat die landesweite Fachtagung des Paritätischen „Wie steht's...“ in Kooperation mit der Hochschule Magdeburg-Stendal, den Beauftragten der Städte Magdeburg und Halle und dem Landesjugendamt.

www.ParitaetJob.de für Sachsen-Anhalt

Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Fachkräftemangels bietet das branchenspezifische Stellenportal der Paritätischen Landesverbände Berlin und Sachsen-Anhalt ein besonderes Serviceangebot für Mitgliedsorganisationen. Es soll einerseits auf die breiten Arbeitsfelder der Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft aufmerksam machen und andererseits Stellenangebote effizienter platzieren. Potenzielle Bewerber*innen können so gezielter erreicht werden, verfeinerte Suchkriterien lassen sich beliebig miteinander kombinieren.

Oktober – Dezember 2017

Der Zug kommt ins Rollen – wer bestimmt den Fahrplan?

Verhandlungsauftakt für einen Landesrahmenvertrag zum Bundesteilhabegesetz

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist derzeit eines der wichtigsten Themen der Verbandsarbeit und fordert große Ressourcen aller Beteiligten im Verband. Regelmäßig und in kurzen Abständen tagen dazu Steuerungsgruppe und Trägerversammlung im Bereich „Eingliederungshilfe für Menschen mit Beeinträchtigungen“. Hintergrund: die Eingliederungshilfe „wandert“ vom SGB XII (Sozialhilfe) in das SGB IX (Rehabilitation und Recht auf Teilhabe für Menschen mit Behinderungen). Daher müssen auch auf Landesebene Verfahren und Instrumente z.B. zur Bedarfsermittlung neu geregelt werden. Diese münden dann in einen neuen

Landesrahmenvertrag. Der Verband hat im Rahmen der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege auch eine zentrale Rolle zur Vorbereitung der Verhandlungen und bei der Initiierung entsprechender Gremien- und Steuerungsstrukturen übernommen. Ziel ist es, die Verhandlungen proaktiv vorzubereiten (auf das Land zuzugehen) und Mitglieder als unmittelbare Praxisvertreter*innen fortlaufend einzubinden. Eine gesonderte Steuerungsgruppe sondiert in vorvertraglichen Gesprächen die Verhandlungskorridore für eigene Vorschläge und Optionen der Verhandlungspartner. Auf diesem Wege können wir als Verband den Fahrplan mitbestimmen.

diesem Hintergrund hat der Paritätische Gesamtverband eine Kampagne ins Leben gerufen. Unter www.vielfalt-ohne-alternative.de wurden gängige Vorurteile rechter Demagogen gesammelt und ihnen Fakten und Argumente für eine sachliche Diskussion entgegengestellt. Denn insgesamt gilt: nicht zu widersprechen, bedeutet Zustimmung – auch und gerade bei Vorurteilen.

Mut zur Korrektur: Sozialen Arbeitsmarkt endlich umsetzen

Seit Jahren fordert der Paritätische, langzeitarbeitslosen Menschen ohne Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt durch einen sog. „Sozialen Arbeitsmarkt“ eine soziale Teilhabe durch Beschäftigung zu ermöglichen. Die Grundlage bilden langfristige, öffentlich geförderte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, auch am allgemeinen Arbeitsmarkt, durch einen pauschalierten Lohnkostenzuschuss. Zusätzlich müssen die Arbeitgeber eine Verwaltungspauschale zur Deckung der Koordinierungs- und Verwaltungsleistungen erbringen. Dies ist eine zentrale Forderung des Verbandes an eine neue Bundesregierung. Dafür sind neue gesetzliche und finanzielle Grundlagen zu schaffen, um das jahrelange Experimentieren mit Arbeitsmarktprogrammen zu beenden.

Vielfalt ohne Alternative

Kampagne des Gesamtverbandes gegen rechte Demagogen

Mit großer Sorge betrachten viele im Paritätischen die Zunahme rechtsradikaler und rassistischer Erscheinungen, die wir längst überwunden glaubten. Der Gesamtverband hat daher eine bundesweite Kampagne gestartet, die Fakten gegen Vorurteile stellt. Wer Vorurteile hat, denkt häufig ohne ausreichende Begründung schlecht über andere und richtet sein Handeln danach aus.



Dazu gehören Vorurteile gegen Geflüchtete, Frauen oder Menschen mit Beeinträchtigungen. Gerade in sozialen Netzwerken finden diese Ausdruck und Verbreitung. Es gibt außerdem eine Situation zunehmender Spaltung und Ungleichheit in der Gesellschaft. Klar ist: rassistischen und diskriminierenden Aussagen sollte stets mit Gegenwind und Argumenten begegnet werden. Vor

Mutloses weiter so ...

Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist enttäuschendes Stückwerk

Monatelang haben CDU, CSU und SPD um die Bildung einer neuen Bundesregierung gerungen und versprechen im Koalitionsvertrag einen neuen Aufbruch, Dynamik und Zusammenhalt. Aus Sicht des Paritätischen muss leider festgestellt werden: Pläne für eine offensive Sozialpolitik sind nicht wirklich zu erkennen. Dringend erforderlich ist nach Einschätzung des Paritätischen ein Ausbau kommunaler und sozialer Infrastruktur, dazu zählt auch die Förderung sozialer gemeinnütziger Dienstleistungen und Angebote. Besondere Defizite im Koalitionsvertrag sieht der Paritätische in der Gesundheits- und Sozialpolitik: für die sich abzeichnende Altersarmut gibt es keine langfristigen Lösungen, wirksame Maßnahmen gegen die skandalös hohe Kinderarmut

werden nicht aufgezeigt. Auch die angekündigten Maßnahmen im Bereich der Pflege sind nicht geeignet, den akuten Pflegenotstand zu beheben und der Dauerkrise in der Pflege wirksam zu begegnen. Das Vorhaben, 8000 Stellen für Fachkräfte in der medizinischen Behandlungspflege zu schaffen, geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Der tatsächliche Bedarf an Pflegekräften liegt jedoch deutlich höher: insgesamt 100.000 zusätzliche Pflegekräfte müssten langfristig gewonnen werden. Die Maßnahmen im Rahmen der Flüchtlingspolitik – hier insbesondere zum Familiennachzug und zur dauerhaften Unterbringung in zentralen sog. „ANKER-Einrichtungen“ – sind aus Sicht des Paritätischen eine „menschenrechtliche Katastrophe und humanitärer Skandal“.

Hoffnung gespendet

Erfolgreiche Spendenaktion von Volksstimme und Paritätischem

Am 31. Januar 2018 fand im Alten- und Service-Zentrum des Bürgerhauses Magdeburg die Abschlussveranstaltung zur traditionellen jährlichen Spendenaktion statt.

Der Erlös von über 34.351 € kam diesmal Projekten zugute, die Menschen unterstützen und begleiten, neue (auch

ungewöhnliche) Wege in ihrem Leben zu gehen und dies mit Zuversicht und Tatkraft bewältigen. Unter dem Motto „Mein neues Leben“ wurden die Projekte in der Volksstimme vorgestellt: dabei reichte die Bandbreite von Projekten, die Menschen nach einer schweren Erkrankung oder dem Tod eines geliebten Menschen begleiten bis zu Angeboten für junge Menschen mit Startschwierigkeiten in das Berufsleben. Auch gemeinsame Erlebnisse von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen z.B. im Rahmen der Sport- und Laufgruppe des Hauses „Oehrenfeld“ werden mit den Spendenmitteln unterstützt. Jedes Projekt erhält 5.725 € für seine Arbeit,

die in den meisten Fällen ehrenamtlich geleistet wird. In diesem Sinne kommen die Spenden nicht nur den betroffenen Menschen zugute sondern auch den vielen ehrenamtlich Engagierten.

Im Rahmen der Abschlussveranstaltung kamen die Projekte zusammen und hatten die Möglichkeit, mit dem Chefredakteur der Volksstimme, Herrn Alois Kösters und der Landesgeschäftsführerin, Frau Dr. Gabriele Girke ins Gespräch zu kommen. Auch untereinander wurden Kontakte geknüpft, so dass wertvolle Erfahrungen und Projektideen zukünftig auch mit anderen ausgetauscht werden können.

Neues Projekt TRES steht ganz im Zeichen der Digitalisierung

TRES steht für: transparent, rechtsicher, effektiv, situativ – dies sind wichtige Kriterien, um den Trend der Digitalisierung aufzugreifen und die damit verbundenen Herausforderungen zu meistern. Auch Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft können sich dem nicht verschließen. Deshalb wird der Paritätische mit Hilfe eines neuen Projektes bis Ende 2020 neue Wege und Methoden für digital unterstütztes Wissens- und Netzwerkmanagement erarbeiten und erproben. Im Focus steht dabei die Kommunikation mit den Mitgliedsorganisationen und der Öffentlichkeit. Weiterhin befasst sich das Projekt mit der digitalen Unterstützung von Planungsprozessen in sozialen Einrichtungen.



Foto: Sandra Reulecke | Volksstimme

Mit sozialen Partnerschaften Brücken bauen – wir schwärmen für Vielfalt

Der Paritätische engagiert sich in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens – er führt Menschen zusammen und verbindet sie durch gemeinsame Aktivitäten, Projekte und Erlebnisse. Dabei werden immer wieder auch neue Wege beschritten. So startete 2016 die Partnerschaft zwischen dem **Paritätischen und dem SC Magdeburg (Handball) unter dem Titel „Partner für Vielfalt“**. Anliegen ist, Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien, Menschen mit Beeinträchtigungen und Migranten*innen das unmittelbare gemeinsame Erlebnis von Bundesligaspielen in der Magdeburger GETEC-Arena zu ermöglichen. Zu jedem Heimspiel werden Freikarten an Mitgliedsorganisationen des Verbandes vergeben. Von diesem Angebot wird reichlich Gebrauch gemacht – die Rückmeldungen sind stets positiv und begeistert.



Ein besonderer Teil dieser Partnerschaft ist die „SCM-Tour für Vielfalt“. An verschiedenen Standorten in Sachsen-Anhalt trainieren je zwei Handballprofis mit Kindern und Jugendlichen aus Einrichtungen unserer Mitgliedsorganisationen.

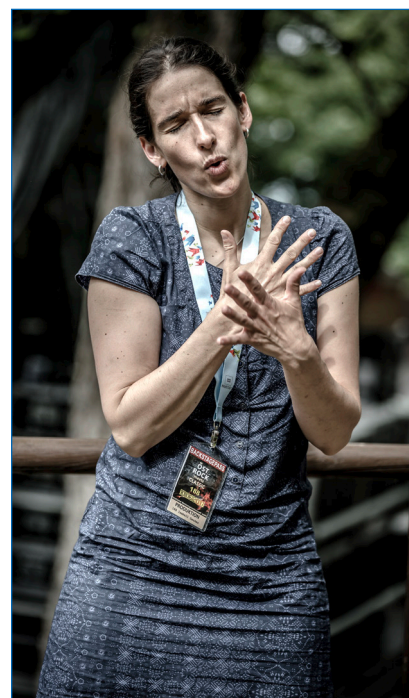


Fotos: Veranstalter

Dabei stehen Taktik, Tricks und Technik im Vordergrund – immer orientiert am Alter und Besonderheit der Gruppe. Anschließend stehen die Profis den jungen Menschen für Fragen zu Sportlerleben, Trainingsdisziplin, Ernäh-

rung, Prävention, Motivation und für Autogrammwünsche zur Verfügung. Als Geschenk an die Gruppe gibt es stets einen signierten Handball und Kampagnenshirts. Die Verbindung von Sport und Sozialem funktioniert also auch an diesem Beispiel.

In einer weiteren Partnerschaft verbindet der Paritätische Soziales und Kultur durch ein barrierefreies Rockerlebnis. Gemeinsam mit dem Management der neuen großen Musikshow „**OSTROCK meets CLASSIC**“ wurde vereinbart, Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen **gemeinsame Konzerterlebnisse** zu ermöglichen. Hochkarätige Musiker bieten eine Symbiose aus alten Ostrocksongs und klassischer Musik – sie touren mit ihrem Programm durch alle ostdeutschen Bundesländer. Bei Auftritten in Sachsen-Anhalt wurde das Programm von Gebärdendolmetscherinnen begleitet, die Songs für Gehörlose durch Gebärden- und Körpersprache übersetzen und damit auch die anderen Konzertgäste überrascht und begeistert haben. Somit wurde auch die Öffentlichkeit für das Thema „Barrierefreiheit“ sensibilisiert. Paritätische Mitgliedsorganisationen waren stets im Publikum vertreten. Die Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt war von diesem Ansatz der Barrierefreiheit



überzeugt und finanzierte den Einsatz der Gebärdendolmetscherinnen für Konzerte in Sachsen-Anhalt. Die Deutsche Mediengesellschaft und die GETEC sorgten mit einer Spende dafür, dass die Übersetzungen videot technisch durch den Verein „Aktion Musik“ aufgezeichnet werden konnten.

MENSCH, DU HAST RECHT!

www.mensch-du-hast-recht.de



Vor 70 Jahren wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von den Vereinten Nationen verabschiedet. „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ – dieser Satz sichert jedem Menschen weltweit gleiche Rechte und Freiheiten zu. Aus diesem Anlass setzt sich der Paritätische mit seiner bundesweiten Kampagne „MENSCH, DU HAST RECHT!“ für die Wahrung der Menschenrechte ein und macht auf Verletzungen dieser Grundrechte, auch in unserem Alltag, aufmerksam. Auch in Deutschland werden in vielen Lebensbereichen immer noch Menschenrechte missachtet. Wir erleben derzeit eine Zunahme systematischer Ausgrenzung von Menschen z.B. Langzeitarbeitslosen, von Familien mit Kindern, Menschen mit Beeinträchtigungen oder chronischen Krankheiten oder Obdachlosen und geflüchteten Menschen. Mit verschiedenen Plakatmotiven, in Aktionen und Veranstaltungen werden wir zentrale Themenbereiche in den Mittelpunkt stellen: **Wohnen, Gesundheit, Bildung, Teilhabe, Selbstbestimmung sowie Schutz, Zuflucht und Hilfe.**

Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen werden wir (auch über das Jahr 2018 hinaus) prüfen, ob und wieweit in diesen Bereichen grundsätzliche Menschenrechte gewahrt werden und wo Hindernisse erlebbar sind. Ergänzend dazu gibt es breitgefächertes Info-Material sowie Aufkleber, Sticker und Flyer. Im Rahmen der Kampagne können unsere Mitgliedsorganisationen mit ihren Einrichtungen ein „Ort für Menschenrechte“ werden – die landesweite Aktion startet anlässlich der Mitgliederversammlung im September 2018. Umfassende Informationen gibt es auf unserer Homepage www.paritaet-lsa.de und der Sonderseite des Gesamtverbandes „MENSCH; DU HAST RECHT!“.



Impressum

Herausgeber: Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt • Wiener Str. 2 • 39112 Magdeburg | www.paritaet-lsa.de
 Verantwortliche: Dr. Gabriele Girke
 Redaktion: Antje Ludwig
 Gesamtherstellung: www.mdsport.de